Freitag, 14. Oktober.

Der Westfälische Merkur erscheint täglich zweimal, an Sonn- und Feiertagen sowie Montags einmal.
Redaktion: Lütkegasse 1—3. Sprechstunden 10—11 Uhr vorm.
Telegramm-Adresse: Merkur, Münsterwestf.
Fernspr.: Red. 3615, 3616 u. 3217, Geschäftsstelle 3217 u. 3218.

Anzeigenpreis:
Der Raum für die Anzeigenspalte 36 mm breit, 1 mm hoch, 50 ₰; für die Reklamespalte, 90 mm breit, ℳ 2,—, ohne jeden Teuerungszuschlag.
Anzeigen-Annahme: In Münster Königstraße 59 sowie sämtliche Annoncen-Bureaus des In- und Auslandes.

Westfälischer Merkur.

Begründet 1822. **Abend-Ausgabe.** 100. Jahrgang.

1921. — Nr. 480.

Bezugspreis:
Monatlicher Bezugspreis für Münster, 5,— ℳ frei ins Haus gebracht; bei den deutschen Postanstalten ebenfalls 5,— ℳ einschließlich Bestellgeld, bei zweimaliger Zustellung.
Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Einzelnummer: Zu haben in der Geschäftsstelle, den Zeitungskiosken, an den Bahnhöfen 2c. das Stück 20 Pfennig.
Geschäftsstelle: Königstr. 59. Geöffnet vorm. v. 8—12½ Uhr, nachm. v. ½3—6 Uhr. Postscheckkonto: Amt Cöln 14 622.

Noch keine Lösung.

Der Aeltestenrat des Reichstages.

WTB. **Berlin,** 14. Okt. (Telegr.) **Der Aeltestenrat des Reichstages hielt gestern abend eine Sitzung ab, um sich über die Einberufung des Reichstages zu verständigen. Da jedoch amtliche Grundlagen für die Beurteilung der oberschlesischen Frage noch fehlen, ist von einer sofortigen Einberufung des Reichstages Abstand genommen. Der Aeltestenrat wird spätestens am Montag vormittag wieder zusammentreten. Die Mitglieder des Reichstages sind aufgefordert worden, sich auf eine rasche Einberufung des Reichstages einzurichten. Der Reichskanzler, der an der heutigen Sitzung teilnahm, stellte fest, daß nach einmütiger Auffassung des Kabinetts ein Rücktritt der Reichsregierung vorläufig nicht in Frage kommt, damit in dieser schweren Zeit eine Aktionsfähigkeit der Regierung nicht verhindert werde.**

*

Was Deutschland verlieren wird.

* **Berlin,** 13. Okt. In der amtlichen Bekanntmachung über die gestrige Kabinettssitzung hieß es in gelinder Ausdrucksweise, das Urteil der Wirtschaftsberater der Reichsregierung dürfte schärfer gewesen sein —: daß dem deutschen Wirtschaftskörper durch die angekündigte Entscheidung eine unheilbare Wunde geschlagen würde. Der ungeheure Schaden, den das Deutsche Reich durch die Abtretung oberschlesischer Gebietsteile erleiden würde, wenn die bisherigen Preßmeldungen sich als zutreffend erweisen sollten, wird durch folgende Zusammenstellung erläutert, welche die „Köln Ztg." wiedergibt: Der preußische Bergfiskus verliert eine Reihe überaus wertvoller Gruben im Bezirk Königshütte, und zwar Nordfeld, Westfeld, Südfeld, Ostfeld und die Gräfin-Laura-Grube, sowie weitere Liegenschaften im Kreise Kattowitz. Die Privatbergbaugesellschaft der freien Standesherrschaft Pleß kommt [illegible] nahmslos an Polen. Von den Gräflich Schaffgotsch[illegible] Werken werden ebenfalls wesentliche Teile losgetrennt. Der Besitz des Grafen Guido Henckel Fürst v. Donnersmarck sowie der des Grafen Hugo Jazi Artur Henckel v. Donnersmarck kommen ebenfalls in ihrem allergrößten Teil zu Polen. Die Kattowitzer A.-G. für Bergbau- und Eisenhüttenbetrieb, deren Gruben und Hütten sich im Landkreise Kattowitz und in den abzutretenden Teilen des Kreises Beuthen befinden, werden bis auf die Preußengrube ebenfalls zu Polen geschlagen. Auch wesentliche Teile des Besitzes des Grafen v. Tiele-Winckler verfallen diesem Schicksal. Weiter sollen die überaus wichtigen Zinkhütten der Schlesischen A.-G. für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb, die sich vor allem im Landkreis Beuthen befinden, zu Polen geschlagen werden. Unersetzlichen Schaden erleidet auch die Bergwerks-Gesellschaft Georg v. Giesches Erben, die den Kronprinzen-Schacht, Grundmann-Schacht, Richthofen-Schacht, Kaiser Wilhelm-Schacht, Nikisch-Schacht, Carmer-Schacht sowie die Heinitz-Grube im Kreise Beuthen und den hier ebenfalls gelegenen Camallefreude-Schacht unter Umständen verlieren würden. Das Schicksal der ebenfalls der Georg v. Giesches Erben gehörenden Cleophas-Grube ist noch nicht klar ersichtlich. Nach den bisherigen Meldungen kämen die Unternehmungen der Vereinigten Königs- u. Laurahütte-A.-G. ebenfalls zu Polen. Damit würden wir u. a. den Richter-Schacht, Ficinus-Schacht, den Knoff-Schacht und die Chaussee-Grube verlieren. Endlich würden noch die Unternehmungen der Hohenlohewerke-A.-G. und damit die Hohenlohe-Grube und die Georg-Grube, Max-Grube, Alfred-Schacht, Fanny-Grube sowie der Fürstin-Pauline-Schacht zu Polen kommen. Endlich würde auch noch die Emizenz-Gewerkschaft dem Schicksal der Losreißung von Deutschland verfallen. In dieser Uebersicht sind nur die größten industriellen Unternehmungen aufgezählt. Der Schaden für die übrigen Wirtschaftsgebiete läßt sich, solange authentische Meldungen nicht vorliegen, in seinen Einzelheiten noch gar nicht übersehen.

*

Ueberreichung des Genfer Schiedsspruchs an Briand.

* **Paris,** 13. Okt. Der Spezialkurier des Völkerbundes wurde heute morgen um 11 Uhr von Briand empfangen und überreichte ihm den Genfer Schiedsspruch. Briand sorgte sofort dafür, daß England, Italien und Japan offiziell in Kenntnis dieser Entscheidung gesetzt wurden. Sodann begab er sich in den Ministerrat und erstattete seinen Kollegen Bericht.

*

Lloyd George und das Gutachten.

* **London,** 13. Okt. Lloyd George hielt gestern abend eine Rede über die Bedeutung des Völkerbundes, in welcher er auch auf die oberschlesische Frage zu sprechen kam. Er sagte, daß, wenn es keinen Völkerbund gegeben hätte, er nicht sehen könne, wie man einen Ausweg aus dieser schwierigen Lage gefunden haben würde. **Der Völkerbundsrat habe mit dem Finden einer befriedigenden Lösung England und Frankreich einen großen Dienst geleistet,** indem er der britischen und französischen Regierung aus einer für ihre Beziehungen sehr kritischen Lage geholfen habe.

*

Die Alliierten und die Entscheidung.

WTB. **London,** 14. Okt. Wie Reuter erfährt besagt ein vormittags von Balfour aus Genf eingegangenes Telegramm, daß der Völkerbundsrat die Empfehlung des Ausschusses über Oberschlesien angenommen hat, dessen Text den Alliierten mitgeteilt werden wird. Man hält es nicht für wahrscheinlich, daß eine besondere Zusammenkunft des Obersten Rates stattfinden wird. Aber über diesen Punkt wird vor der Prüfung des vorgeschlagenen Textes noch keine endgültige Entscheidung getroffen werden. Die Angaben über die Empfehlung besagen, daß der Völkerbund eine faire Lösung getroffen zu haben scheine, indem er das Gebiet nach den Ergebnissen der Volksabstimmung teilte, während anscheinend Vereinbarungen getroffen wurden, um die wirtschaftliche Wohlfahrt in den in Frage kommenden Gebieten zu gewährleisten. Die Schlußansicht der alliierten Regierungen muß bis Erhalt des Textes abgewartet werden, doch muß daran erinnert werden, daß die Mächte die Verpflichtung haben, die Entscheidung anzunehmen. Dies schließt durchaus nicht die Möglichkeit aus, daß eine oder alle Alliierten Bemerkungen dazu vorbringen. Soweit die Entscheidung bekannt gegeben ist, wird erwartet, daß Deutschland und Polen sie vollkommen und loyal annehmen. Der Oberste Rat wird sich nicht im geringsten durch irgend einen Versuch der einen oder anderen Seite Abänderungen zu erzielen, in seiner Haltung beirren lassen.

* **Paris,** 14. Okt. (Telegr.) Nach dem „Journal des Debats" besteht das Dokument des Völkerbundrates aus einem Schreiben, einem Vorwort, in dem auseinandergesetzt wird, wie die Arbeiten des Völkerbundes vor sich gegangen sind, aus einer Wiedergabe der Argumente, auf die sich der Völkerbund bei der Festsetzung der Grenze gestützt hat und schließlich aus der Anführung der Gründe, um derentwillen die Bildung eines Wirtschaftsrates beschlossen wurde. Wie „Journal des Debats" mitteilt, weiß man noch nicht, ob die Ratifizierung durch den Obersten Rat oder durch den Botschafterrat erfolgen wird.

Der „Temps" tritt dafür ein, daß der Schiedsspruch, den der Völkerbund empfiehlt, vom Obersten Rat und von den Vertretern der Botschafterkonferenz bestätigt und dann der deutschen und der polnischen Regierung bekannt gegeben werde. Dem „Temps" zufolge würde es sodann Aufgabe der Botschafterkonferenz sein, die notwendigen Ordnungsmaßnahmen zu treffen, damit Deutschland und Polen gemäß den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages einen Monat nach der offiziellen Mitteilung seiner Grenzlinien durch den Obersten Rat die ihnen zugeteilten Gebiete erhalten.

WTB. **Genf,** 14. Okt. (Tel.) In hiesigen politischen Kreisen erwartet man die Veröffentlichung des amtlichen Textes über die Lösung der oberschlesischen Frage mit **großer Spannung,** weil auf Grund der gestern erfolgten Mitteilung des Völkerbundssekretariats noch ernste Zweifel bestehen, ob der Versailler Vertrag überhaupt den Obersten Rat berechtigt, Deutschland und Polen die Annahme des in der Lösung vorgeschlagenen Wirtschaftsabkommens und die Kontrolle durch eine zentrale Kommission aufzuzwingen.

*

Ueber den Inhalt der Entscheidung.

WTB. **Genf,** 14. Okt. (Telegr.) Die Mitteilung des Völkerbundssekretariats, die vorgestern ausgegeben wurde, und die die erste amtliche Kundgebung über das Gutachten zur oberschlesischen Frage darstellt, **bestätigt** trotz der unbestimmten Form und obgleich alle Angaben über die Grenzlinien **vermieden werden, die bisherigen Veröffentlichungen.** Kenner der oberschlesischen Verhältnisse weisen darauf hin, daß Einzelheiten über die Grenzlinie sich unmittelbar aus den Mitteilungen über die wirtschaftlichen Abmachungen herauslesen lassen. So **könne** es sich bei der Abmachung über die Eisenbahnfrage nur um die Bestimmungen über die Eisenbahndirektion handeln, welche sich in Kattowitz befindet. Die Meldungen über die Wasserversorgung gelten dem östlichen Teile des Kreises Kattowitz, die Angaben über die Elektrizitätsversorgung beziehen sich auf den Ort Chorzow, der zwischen Kattowitz und Königshütte liegt, und die Einzelheiten über die Zink- und Kohlenproduktion verwiesen von neuem auf Kattowitz, vielleicht auf den östlichen Teil des Kreises Beuthen.

WTB. **Paris,** 13. Okt. Der belgische Vertreter im Völkerbundsrat Hymans erklärte dem Genfer Korrespondenten des „Journal des Debats" über die Verhandlungen des Völkerbundsrates, die 4 Berichterstatter hätten das strengste Geheimnis bewahrt. Von keiner Seite sei ein Druck auf sie ausgeübt worden. Es habe sich herausgestellt, daß die loyale Ausführung der Volksabstimmung und die ethischen und industriellen Zustände eine Teilung der Industriezone erforderten. Die Mitglieder des Völkerbundsrats verließen Genf mit ruhigem Gewissen und dem Gedanken, ihre Aufgabe getreu erfüllt und der Sache des europäischen Friedens gedient zu haben.

*

Die Instruktionen für die Sachverständigen.

WTB. **Genf,** 13. Okt. Ueber die Vorarbeiten des Völkerbundsrates zur Lösung der oberschlesischen Frage geben heute abend gleichzeitig mit den amtlichen Mitteilungen des Völkerbundssekretariats veröffentlichte Instruktionen Aufschluß, die seinerzeit der Viererrat den Sachverständigen erteilte. Danach sollen die mit der Vorprüfung betrauten Sachverständigen vor allem die wirtschaftlichen, industriellen, finanziellen und verwaltungstechnischen Bedürfnisse des Gebietes in Betracht ziehen, besonders die Transportfrage, die Wasser- und die Elektrizitätsversorgung, die Verhältnisse bezüglich der Brenn- und Rohstoffversorgung, die Verhältnisse der sozialen Gesetzgebung. Auch wurden sie aufgefordert, möglichst Verwaltungsschwierigkeiten zu vermeiden. Weitere Instruktionen bezogen sich auf die Dauer der Uebergangsbestimmungen. Vorbildlich für die Arbeiten der Sachverständigen sollten ähnliche Fälle von Grenzregelungen in früheren Zeiten sein. Dann wurde den Sachverständigen freigestellt, Ermittelungen bei Sachkundigen, darunter deutschen und polnischen Bewohnern, einzuziehen.

*

Ein Finanzmann über das Gutachten.

WTB. **Genf,** 13. Okt. Eine bedeutende Persönlichkeit der internationalen Finanz, die einem früher feindlichen Staate angehört, hat heute einem Vertreter des WTB. folgende Erklärung abgegeben: Das Wichtigste und Folgenschwerste an dem Gutachten des Völkerbundsrates dürfte wohl die Tatsache sein, daß der Rat nicht nur die Unteilbarkeit des gesamten Gebietes ablehnt, sondern sich auch über die wirtschaftlichen und geographischen Momente, die nach dem Friedensschluß Beachtung finden sollten, hinwegsetzt hat. In der gestern ausgegebenen Mitteilung sagt nämlich der Völkerbundsrat selbst, daß das Industriegebiet eine unteilbare wirtschaftliche Einheit darstellt und daß die Folgen einer das Industriegebiet zerreißenden Grenze eine wirtschaftliche Katastrophe bedeuten würde. Der Völkerbundsrat versucht nun, anstatt das oberschlesische Wirtschaftsgebiet bei Deutschland zu belassen, durch wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland das neue polnische Gebiet vor dem Untergang zu bewahren. Alle diese Maßnahmen haben zur Voraussetzung, daß Polen weder verwaltungstechnisch noch sozial, noch industriell in der Lage ist, das Gebiet zu verwalten. Der Vorschlag des Völkerbundsrats ist deshalb so ungeheuerlich, weil er folgenden Grundsatz aufstellt: man nimmt ihm wirtschaftlich ein Gebiet fort und verlangt, daß es den unfähigen Bewerber über Wasser halte.

*

Die Vorahnung der Schwierigkeiten.

WTB. **Genf,** 14. Okt. (Tel.) Es ist bereits deutlich zu verfolgen, daß man in den Kreisen des Völkerbundes **die großen Schwierigkeiten** voraussieht, in die der Völkerbund und die werbende Kraft des Völkerbundes geraten ist. Daraus erklären sich gewisse Bemühungen, um die Verantwortung für die Grenzlinie hauptsächlich dem Obersten Rat zuzuschieben. Auf der anderen Seite bemühen sich hier weilende Ententepersönlichkeiten, die Verantwortung auf den Völkerbundsrat abzuwälzen. Sie erklären, daß alle Ratsmitglieder in ihrem eigenen Namen gehandelt haben und daß der Oberste Rat sich von vornherein zur Annahme der Entscheidung des Völkerbundsrates verpflichtet habe. Demgegenüber ist festzustellen, daß die Ratsmitglieder lediglich im Auftrage ihrer Regierungen gearbeitet haben. Die privaten Beziehungen zwischen dem Obersten Rat und dem Völkerbundsrat können daher nichts an der Tatsache ändern, daß nach dem Friedensvertrag die Entscheidung beim Obersten Rat liegt.

*

Protest der Breslauer Stadtverordneten.

WTB. **Breslau,** 14. Okt. (Tel.) In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung lag ein Dringlichkeitsantrag Dr. Wohlauer (Dem.) betr. Oberschlesien vor, dem sich alle Parteien angeschlossen hatten. Er legt in letzter Stunde schärfste und nachdrücklichste Verwahrung gegen die beabsichtigte Teilung Oberschlesiens ein, die den Friedensvertrag verletze, das Abstimmungsergebnis mißachte, Treu und Glauben hohnspreche und Breslaus wirtschaftliches Gedeihen an der Wurzel treffe. Nachdem Oberbürgermeister Dr. Wagner in zündender Ansprache namens des Magistrats die Zustimmung zum Antrag ausgesprochen hatte, traten ihm die Vertreter sämtlicher Parteien bei. Der Vertreter der Kommunisten, Gruschowitz, hatte vorher den Saal verlassen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

*

„Die deutsche Wunde wird niemals vernarben."

TU. **Rom,** 14. Okt. (Tel.) Der „Popolo Romano" sagt: Der Schiedsspruch von Genf bedeutet den Todesstreich für den Weltgötzen Völkerbund. Das Blatt wendet sich gegen die Pontius Pilatus-Politik Bonomis und della Torettas und erklärt, die deutsche Wunde werde niemals vernarben.

*

Aufruf der interalliierten Kommission.

WTB. **Oppeln,** 13. Okt. Die interalliierte **Regierungs- und Plebiszitkommission** erläßt folgenden Aufruf:

Verfrühte Meldungen haben der Presse Veranlassung zu Kundgebungen gegeben, die geeignet sind, die öffentliche Ordnung zu stören. Um eine völlig gerechte Bewertung des Ergebnisses der Abstimmung zu erzielen, haben die alliierten Mächte den Rat des Völkerbundes, dessen Unparteilichkeit unbestreitbar ist, eingeholt. Die Entscheidung muß von allen in Ruhe und Ordnung aufgenommen werden. Die interalliierte Kommission wird jeder Herausforderung, woher sie auch kommt, rücksichtslos entgegentreten, gegebenenfalls werden die schuldigen Zeitungen unterdrückt und ihre Druckereien geschlossen werden. Die interalliierte Kommission ist entschlossen, **jede Kundgebung zu verhindern.** Sie wird keine öffentliche Kundgebung dulden, ganz gleich, welcher Art und in welcher Absicht sie veranstaltet ist. Die interalliierte Kommission hofft, daß die Bevölkerung Oberschlesiens auch bei dem Schlußakt, welcher ihr Schicksal entscheiden soll, es sich angelegen sein lassen wird, dieselbe Besonnenheit zu bekunden, wie am Tage der Abstimmung, und daß sie die interalliierte Kommission in dem Augenblick, wo diese in Begriff steht, ihre Aufgabe zu beenden, davon entbindet, zur Gewalt Zuflucht zu nehmen.

Gegeben zu Oppeln, den 13. Oktober 1921.
General de Marino, Sir Harald Stuart, General Lerond.

*

Vorschlag einer neuen Volksbefragung.

TU. **Berlin,** 14. Okt. (Tel.) Die Deutsche Friedensgesellschaft, die deutsche Liga für den Völkerbund, der Verband für internationale Verständigung, die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (Deutscher Zweig), der Bund Neues Vaterland und der Friedensbund der Kriegsteilnehmer haben ein Telegramm an den Völkerbundsrat gerichtet, in dem vorgeschlagen wird, die Bevölkerung Oberschlesiens erneut gemeindeweise zu befragen, ob sie beisammen bleiben oder unter Zugrundelegung der Ergebnisse der ersten Abstimmung getrennt werden will.

*

Eine andere englische Stimme.

WTB. **London,** 14. Okt. (Tel.) Das Parlamentsmitglied Kennworthy, das soeben aus Oberschlesien zurückgekehrt ist, erklärte in einer Rede, die getroffene Lösung der oberschlesischen Frage sei ebenso furchtbar wie das **Urteil Salomons** gewesen wäre, wenn es ausgeführt worden wäre. Aufgeklärte oberschlesische Arbeiter, die an fortgeschrittene Arbeitergesetze gewöhnt sind, und in reinlichen, gut verwalteten Städten leben, werden den Polen ausgeliefert, die in Degradation und Schmutz leben. Die oberschlesischen Arbeiter werden den Kommunisten in die Arme getrieben und man kann sie deshalb nicht tadeln.

Prinzessin Joachim gegen Prinz Eitel.

Berlin, 13. Okt. In fünfstündiger, dramatisch bewegter Verhandlung kämpfte vor dem Landgericht Potsdam eine Mutter um ihr Kind. Es war die Prinzessin Joachim von Preußen, die Gattin des verstorbenen jüngsten Kaisersohnes, (geb. Maria Auguste, Prinzessin von Anhalt), die von dem Prinzen Eitel Friedrich von Preußen die Herausgabe ihres einzigen, ihr vorenthaltenen Sohnes, Prinz Carl Franz Josef, verlangte. Die Ehe des Prinzen Joachim war sehr unglücklich gewesen. Die Prinzessin hatte sich veranlaßt gesehen, das Haus des Prinzen zu verlassen und trotz aller Bitten sich geweigert, zu ihm zurückzukehren. Eine Scheidung der Ehe war nicht zu umgehen. In dem Scheidungsurteil wurde kein Teil als überwiegend schuldig erklärt. Einige Tage nach dem Scheidungsurteil machte der Prinz, da er die Trennung von seiner Gattin nicht verwinden konnte, seinem Leben ein Ende. Da das Urteil zu dieser Zeit noch nicht rechtskräftig war, hatte die Prinzessin noch die Rechte einer Gattin des Prinzen. Nach dem Tode seines Bruders nahm Prinz Eitel Friedrich, dessen Ehe kinderlos ist, das Kind der Prinzessin an sich und berief sich darauf, daß ihm durch eine im Haus Doorn vollzogene Kabinettsordre des Königs die Erziehungsgewalt und Vormundschaft über das Kind übertragen worden sei. Als auf wiederholtes Verlangen der Mutter Prinz Eitel Friedrich sich weigerte, das Kind herauszugeben, strengte die Mutter bei dem Landgericht Potsdam **Klage auf Herausgabe des Kindes und Anerkennung ihres Mutterrechts** an. Das Landgericht Potsdam entschied auch zugunsten der Mutter. Es stellte fest, daß nach dem gegenwärtigen Rechtszustande nach Abschaffung der Vorrechte des königlichen Hauses die Kabinettsordre des vormaligen Königs unwirksam sei und das bürgerliche Recht Anwendung zu finden habe, wonach die Erziehungsgewalt nach dem Tode des Vaters allein auf die Mutter übergehe. Prinz Eitel Friedrich legte gegen das Urteil Berufung ein, die gegenwärtig beim Kammergericht schwebt und behielt das Kind bei sich. Nunmehr beantragte die Prinzessin beim Landgericht Potsdam im Wege der einstweiligen Verfügung die sofortige Auslieferung des Kindes. In dem Termin über diesen Antrag mag Prinzessin Joachim durch Justizrat Lubszynski-Berlin und Rechtsanwalt Adrians-Potsdam vertreten, während für Prinz Eitel Friedrich die Rechtsanwälte Wangemann-Berlin und Tiemann-Potsdam sowie Graf Rantzau aus dem früheren Hausministerium erschienen waren. In der Verhandlung legte Justizrat Lubszynski unter Vorlegung ärztlicher Zeugnisse dar, daß der weitere Kampf um das Kind die Gesundheit der Prinzessin ernstlich gefährde und diese, nachdem das Gericht erster Instanz ihr Mutterrecht anerkannt habe, auch eine sofortige Erfüllung ihrer natürlichen und menschlichen Rechte verlangen könne. — Die Vertreter des Prinzen brachten darauf ein neues überraschendes Moment hervor. R.-A. Wangemann legte einen Beschluß des Vormundschaftsgerichts Potsdam vor, den die Vertreter des Prinzen drei Tage vor dem Termin nach persönlicher Rücksprache mit dem Vormundschaftsrichter erwirkt hatten, wonach vorläufig bis zur Erledigung des ordentlichen Rechtsstreits das Kind bei dem Prinzen Eitel Friedrich verbleiben solle. Gleichzeitig beantragten sie behufs Verlesung dieses Beschlusses Ausschluß der Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der Sittlichkeit. Die Oeffentlichkeit wurde auch ausgeschlossen, der Vorsitzende verkündete aber nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit, daß, wenn ihm der Inhalt des Beschlusses vorher bekannt gewesen wäre, er keinen Anlaß zum Ausschluß der Oeffentlichkeit gehabt hätte, ließ diese Erklärung zu Protokoll nehmen und ordnete öffentliche Verhandlung über den Beschluß an. Justizrat Lubszynski protestierte gegen die illoyale Art der Gegenpartei, hier plötzlich mit einem bisher völlig unbekannten Beschluß hervorzukommen, legte dar, daß der Beschluß formell und materiell ungültig sei und verlangte von der Gegenseite in öffentlicher Sitzung Vorlegung des ganzen sogenannten Materials, und das Gericht beschloß dann auch, daß dem Vertreter des Beklagten die Vorlegung des Materials aufgegeben werde. R.-A. Wangemann legte nunmehr eine Bescheinigung des Herrn v. Berg, jetzigen Generalbevollmächtigten des vormaligen Königs, vor, wonach ein entlassener Diener der Prinzessin namens Stengel ihm Mitteilungen über einen angeblich anstößigen Lebenswandel der Prinzessin gemacht habe. Er legte ferner ein Protokoll vor, das er selbst in München mit einem anderen Angestellten der Prinzessin aufgenommen hatte und berief sich auch auf den anwesenden Grafen Rantzau als Zeugen. Der Vorsitzende hielt den Vertretern des Prinzen vor, daß bei den vorgelegten Aussagen die eidesstattliche Bestätigung, der einen sogar die Unterschrift fehle, und stellte die Frage, ob sie noch weiteres Material vorzubringen haben. Dies wurde verneint. Nach weiterer lebhafter Verhandlung verkündete das Gericht das Urteil dahin: daß dem Prinzen Eitel Friedrich durch einstweilige Verfügung aufgegeben wird, den **Sohn der Prinzessin Joachim an diese herauszugeben** und das Kind bis zur rechtskräftigen Entscheidung des Rechtsstreites **bei der Prinzessin zu belassen.**

Ein dänischer Spionageskandal.

* **Itzehoe** (Holstein), 12. Okt. Morten Kamphövener, Redakteur des Venstreblattes „Vestkysten", ein geborener Nordschleswiger, der zu Dänemark überging, hat jetzt mit rücksichtsloser Schärfe in jenes Wespennest dänischer Persönlichkeiten hineingegriffen, die während des Krieges im Dienste der Entente standen und den Ententespionen Helfersdienste leisteten. Aehnlich wie an der holländischen, so hatte sich auch an der dänischen Grenze während des Krieges ein allgemeines Flüchtlingswesen breitgemacht, und mancher deutsche Urlauber benutzte die günstige Gelegenheit, um bei Nacht und Nebel über die nahe Grenze zu desertieren. Jenseits der Grenzpfähle wurden die Flüchtlinge dann recht freundlich empfangen; man nahm ihnen die Uniformen ab, gab ihnen Zivilkleider und half ihnen auch sonst weiter. Als Gegengabe verlangte man davon Auskunft über diesen und jenen Frontabschnitt. Kamphövener erzählt nun, wie man auch ihn nach allem Wissenswerten ausfragte. Zu seiner Ehre sei gesagt, daß er nichts verriet, denn er war sich nur zu klar, daß seine Aussage vielen Landsleuten das Leben kosten konnte. In der Tat hat mancher Nordschleswiger den Verrat seiner Kameraden mit dem Leben bezahlt. „Vestkysten", das Blatt Kamphöveners, veröffentlichte einen Tag, nachdem die Enthüllungen erschienen waren, eine Zuschrift des Seminarlehrers Eskildsen (Tondern), in der dieser folgendes ausführt:

Im Sommer 1915 hatte ein Nordschleswiger des Regiments 86, dem viele Nordschleswiger angehörten, einen Brief nach Hause geschrieben, in dem er Kunde gab von der schwachen Besetzung und der mangelhaften Befestigung jenes Frontabschnittes. Der Brief wurde den Ententespionen in Dänemark in die Hände gespielt und die Folge davon war ein überraschender Frontangriff bei Moulin-sous-Touvent. Fast die ganze Kompagnie fiel den Schwarzen zum Opfer, die jedem den Hals durchschnitten.

Diese Angaben werden noch bestätigt und ergänzt durch einen Bericht der „Sonderburger Zeitung", in dem es heißt:

„Wir können zu dem von Seminarlehrer Eskildsen angezogenen Beispiel eines überraschenden Angriffs auf einen Frontabschnitt sagen, daß es sich um einen Angriff der Schwarzen und braunen Würger bei Moulin-sous-Touvent am 6. Juni 1915 handelte, der bis in die Artilleriestellungen führte. Aus den angegriffenen Stellungen ist nichts Lebendes herausgekommen. Es war auch nicht eine Kompagnie, sondern das ganze Bataillon des aktiven Regiments Königin, das in Sonderburg stand. Das war ein schwarzer Tag für die Stadt und den Kreis Sonderburg nicht nur, sondern für ganz Nordschleswig. Viele, viele Nordschleswiger waren unter denen, die unter den Messern der Neger und Gurkhas starben, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften."

Soweit die Tatsachen, an deren Richtigkeit leider umso weniger gezweifelt werden kann, als „Hejmdal" sich beeilt, die Namen derer zu nennen, deren Spionagetätigkeit während des Krieges allgemein bekannt war. Es handelt sich um folgende Personen: Redakteur Erik Hansen von „Koldings Avis", der schon während des Krieges einige Zeit in Haft saß, Konsul Eff (Kolding), Rektor H. P. Hansen (Kopenhagen), Gymnastikdirektor N. P. Rasmussen und Pastor Mathiesen (Wandrup, jetzt Hadersleben). Die ganze Angelegenheit hat selbstverständlich in der dänischen, sowohl als auch in der deutschen Presse viel Staub aufgewirbelt, und es ist nur zu begrüßen, daß angesehene dänische Blätter die Sache nicht zu beschönigen versuchen.

So bestätigt „Politiken" ebenfalls Kamphöveners Mitteilungen und schreibt, daß der Gymnastikdirektor Rasmussen sogar der Vorsitzende des Komitees in Kopenhagen gewesen sei, das die Sache in der Hand gehabt habe. „Fyns Venstrblad" kennzeichnet die Angelegenheit als schwerste Anklage gegen die Kopenhagener Chauvinistenkreise. Das Blatt ergänzt sie durch ein Interview mit Kamphövener, der u. a. erzählt, einer seiner Kriegskameraden habe ausgesagt, daß er von einem Dänen seinerzeit zur französischen Gesandtschaft geführt worden sei und dort mitgeteilt habe, was er über die Front wußte. Der Name könne angegeben werden.

Dänemark würde jedenfalls sich selbst einen guten Dienst tun, wenn es von jenen Drahtziehern der Entente abrückte und die genannten Spionagehelfer unter Anklage stellte, weil sie sich gegen die Neutralität Dänemarks vergangen haben. Dadurch würde Dänemark Gelegenheit finden, das Mißtrauen, das wir in Deutschland gegen seine dauernden Versicherungen einer friedlichen Politik hegen, zu zerstreuen.

(„Frankf. Ztg.")

Familienzwist in der italienischen Freimaurerei.

Der „Köln. Vztg." wird aus Rom berichtet: Große Ereignisse bereiten sich in der italienischen und vielleicht in der internationalen Freimaurerwelt vor: eine ansehnliche Gruppe von „Brüdern" trennte sich von der schottischen Großloge, um sich dem anderen, größeren Teile der italienischen Freimaurerfamilie anzuschließen. Durch den Austritt des mächtigen Br. .·. Edoardo Frosini mit Gefolge dürfte, wie das Paese vom 6. d. M. erfährt, die schottische Organisation, der nach den Dokumenten des verstorbenen Großmeisters Ferra vom freimaurerischen Weltverband in Washington die Vertretung der universellen Freimaurerei in Italien zugesagt worden war, wohl den Gnadenstoß empfangen. Eine bittere, scharfe Polemik hat sich nun dieser Tage zwischen dem Direktor der Rassegna Massonica, Großoffizier Palermi, und Dr. Frosini entsponnen, der durch seinen Uebertritt zur Freimaurerei des Großen Orients nud durch seine genauen Anklagen gegen die Umtriebe des schottischen Ritus einen wahren Skandal heraufbeschworen hat.

Dr. Frosini, Großmeister der Großloge philosophischen Ritus, Mitglied des Obersten Rates der 33 im schottischen Ritus und in jenem von Memphis und Misraim, ist Besitzer eines Diploms, worin ihm das Privileg zuerkannt wird, von der universellen Gemeinschaft anerkannte Logen zu gründen, wovon er während des Krieges den weitgehendsten Gebrauch gemacht hat. Er suchte überall unter den italienischen Offizieren Proselyten zu machen, indem er für sie eine besondere Logengesellschaft unter dem Titel Italia redente (das erlöste Italien) gründete. Auch in der Letztzeit hat sich Br. Frosini, der seine Mission als Generalsekretär für Propagandazwecke beibehielt, mit Vorliebe der Freimaurerarbeit im Heere und unter den Karabinieren hingegeben. Man muß nämlich wissen — so fährt das Nitti nahestehende Blatt fort — daß fast alle florentinischen Faszistenanführer (Marquis Perrone, Hauptmann Pirelli, die Abgg. Capanni und Terzahgi) der Freimaurerei schottischen Ritus angehören, während der Große Orient im Palazzo Giustiniani die gegenwärtig dissidenten Faszisten Agnoletti und Dumini zu seinen Mitgliedern zählt.

Frosini, der seine mehrmalige Ausschließung von der Kandidatenliste bei den politischen Wahlen Umtrieben des Synedriums vom schottischen Ritus zuschreibt, hat die Konsequenzen gezogen und ist, wie oben bemerkt, mit seinen Anhängern zur andern Loge übergegangen. In seiner Antwort gegen die Angriffe der Rassegna Massonica wirft er ihr u. a. vor, daß sie fortgesetzt die angelsächsischen Logen hinters Licht geführt habe, indem sie stets von einer „National grand lodge A .·. F .·. und A .·. Masons of Italy-Masonic Temple-Rome" spreche, die nur auf den vorgedruckten Köpfen der Briefbogen bestehe. Die „Brustwehr" des mächtigen Br. .·. Frosini endet mit der Aufforderung an alle Freimaurer, sich um den Großen Orient Italiens zu scharen, der vom Großmeister Domizio Torrigiani vertreten wird, wobei er aber beklagt, daß jetzt alle modernen Logen darauf hinzielen, sich von den pythagoreischen, gnostischen Traditionen, wie von denen der Rosenkranzbrüder loszumachen.

Städtisches.

Münster, 14. Oktober.

Die Wahlen zum Staatsrat im Westfäl. Provinziallandtage beschäftigten am Dienstag das Plenum des Staatsrates. Gegen die Wahl des Abg. Frhr. v. Der in Legden als vierten Abgeordneten der Zentrumsfraktion war von der sozialdemokratischen Fraktion Widerspruch erhoben worden. Es wurde in dem Protest behauptet, daß das vom Vorsitzenden des westf. Provinziallandtages, Oberbürgermeister Hamm-Recklinghausen, geübte Wahlverfahren unrichtig gewesen sei, und das Mandat der sozialdemokratischen Fraktion, nicht dem Zentrum nach dem geltenden Verhältniswahlsystem hätte zufallen müssen. Bei der Teilung der Ziffern ergab sich, daß die Zahl 13 sowohl für das Zentrum wie für die Sozialdemokratie in Betracht kam, was die Mehrheitssozialisten durch ein Ueberraschungsmanöver erreichten. Der Vorstand des Provinziallandtages beschloß, das Los entscheiden zu lassen. Und das Los entschied zugunsten des Zentrums. Der Staatsrat hat nun mit Mehrheit das Verfahren des Vorstandes des Provinziallandtages gebilligt und das Mandat des Frhrn. v. Der für gültig erklärt.

× **Aerzte und Teuerung.** Nach dem Vorgehen der Aerzte im ganzen Reich haben auch die Aerzte der Stadt Münster beschlossen, ihre Honorarforderungen mit Rückwirkung vom 1. Juli ab nicht unwesentlich zu erhöhen. Der Beschluß ist verständlich, wenn man bedenkt, daß die ärztlichen Honorare bisher gegen die der Friedenszeit um das 3. bis 5fache gestiegen waren, während doch die ganze Lebenshaltung 10- bis 20mal, im Mittel 16mal so teuer ist wie früher, ja, daß ärztliche Instrumente und Bedarfsartikel 30- bis 60mal teurer sind, als zu Friedenszeiten. Gleichzeitig soll nach Möglichkeit Barzahlung eingeführt werden.

× **Verfünffachung des Wagen-Standgeldes.** Mit Wirkung vom 15. Oktober ab wird im Güterverkehr der Eisenbahn bedeutend erhöhtes Wagen-Standgeld erhoben, und zwar für die ersten 24 Stunden 100 M (bisher 20 M), für die zweiten 24 Stunden 150 (30 M und für jede weiteren 24 Stunden 250 (50) M, alles für den Eisenbahnwagen.

Zur Eröffnung der Schauburg hatte sich gestern abend in dem neuen Kinopalast am Servatiiplatz ein zahlreiches Publikum auf Einladung hin eingefunden. In geradezu fieberhafter Arbeit war es dem trefflichen Zusammenarbeiten aller am Bau beschäftigten Abteilungen gelungen, bis zu dem gestellten Termin die Benutzung des Theatersaals zu ermöglichen. Dieser bietet sich in Längsformen mit zwei eingebauten Rängen, deren Anordnung so getroffen ist, daß man von jeder Stelle aus doch das Lichtbild sehen kann; im ganzen können 1500 Personen im Raume Platz finden. Den Gesamtentwurf des Baues fertigte Architekt Nellissen an, der damit eine ebenso schwierige als künstlerische Aufgabe trefflich gelöst hat. Der Bau gab einer Reihe Münsterscher Firmen- und Handwerker Gelegenheit zur Mitarbeit. Die Eröffnungsfeier trug einen besonderen Charakter durch die Teilnahme der Filmdiva Frau Henny Porten aus Berlin, die zu sehen zahlreiche Neugierige vor dem Eingang sich drängten. Nach einem Vorspiel des Orchesters gab der Bauherr Chr. Winter sen. einen kurzen Ueberblick über den Bau, der in vier Monaten vollendet werden konnte. Willy Wahl vom hiesigen Stadttheater sprach einen Prolog in gebundener Form und dann kam ein Vortrag über das Lichtbild im Dienste der Bildungspflege. Darauf begannen die Vorführungen. An einem Beispiel wurde zunächst der Unterschied zwischen den alten und modernen Filmapparaten gezeigt und dann das Stück „Die Geier-Wally" mit Henny Porten in der Titelrolle aufgeführt. Das Schöne an diesem Film sind lediglich die feinen Gebirgs- und Landschaftsszenerien, die Handlung verläuft ganz im Stile der landläufigen Filme. Demgegenüber boten die wissenschaftlichen Vorführungen entschieden mehr. Hier konnte man sehen, welche Bedeutung das Kino haben kann. Herr Winter hat uns gegenüber geäußert, daß er gerade auch diesen Zweig der Kinokultur pflegen wolle. Mit der Durchführung wird er sich ein Verdienst erwerben. — Der Gesamtbau dürfte bis zum Winter fertiggestellt sein.

Die Luftfahrtüberwachungsabteilungen.

Im Publikum bestehen vielfach noch Unklarheiten über den Zweck der Luftfahrtüberwachungsabteilungen. Ihre Hauptaufgabe besteht in der Kontrolle der Durchführung der vom Reichsverkehrsministerium erlassenen Bestimmungen über das Luftfahrtwesen. Jede der 7 in Preußen bestehenden Abteilungen hat mit einer nur kleinen Zahl von Beamten große Gebiete zu überwachen. So sind allein der in Münster aufgestellten Luftfahrtüberwachungsabteilung Rheinland-Westfalen bei einer Beamtenschaft von rund 100 Köpfen als Ueberwachungsbezirk die Provinzen Westfalen, Hannover und der besetzte Teil der Rheinprovinz zugewiesen, denen auf Grund kürzlich stattgefundener Verhandlungen die Freistaaten Bremen, Oldenburg, Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe ihre Gebiete auszuschließen im Begriff sind. Die Beamten sind zum Teil auf die Flughäfen Norddeutschlands verteilt, der Rest wird beim Flugstamm in Münster für den außerordentlich vielseitigen Beruf des Luftpolizeibeamten ausgebildet, der nicht nur rein polizeiliche Kenntnisse besitzen, sondern zugleich die für die Luftfahrt erlassenen Spezialbestimmungen, die Technik von Flugzeug und Flugwesen, den Wetterdienst usw. beherrschen muß.

Es ist hocherfreulich für unsere Stadt, daß sie als Standort der Luftfahrtüberwachungsabteilung Rheinland-Westfalen die Zentrale für eine ganz Nordwestdeutschland umfassende Organisation geworden ist, wie sie ja auch schon innerhalb Rheinland-Westfalens durch die Polizeischule Sitz einer für die Entwicklung des Polizeiwesens dieses Gebietes ausschlaggebende Behörde geworden ist.

Provinzielle Nachrichten.

□ **Warendorf,** 13. Okt. Die Vertreter der Elektrizitätswerke des Kreises Warendorf hielten hierselbst im Lokale des Gasthofs Henkel eine Besprechung ab, in welcher besonders über die **Erhöhung des Strompreises** beraten wurde. Man war sich einig darüber, daß die Strompreise mit Rücksicht auf die erhöhten Kohlenpreise bedeutend erhöht werden müßten. Die Preiserhöhungen werden sich nach der Rentabilität der einzelnen Werke richten. Die Strompreise sollen von den Werken in Uebereinstimmung mit den Ortskommissionen festgesetzt werden. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß die Sicherungen an den Zählern der elektrischen Anlagen vielfach mit Eisen- oder Kupferdraht geflickt sind und somit nicht mehr als Sicherungen gelten können. Dadurch können leicht Brände verursacht werden, weshalb das Sicherungsflicken polizeilich streng verboten ist und die Feuerversicherungsgesellschaften in solchen Fällen eine Entschädigung ablehnen. Es wurde beschlossen, die Zähler und Sicherungen in den nächsten Wochen nachprüfen zu lassen.

□ **Gütersloh,** 14. Okt. Auch hier sind die **Buchdruckergehilfen** unter Tarifbruch in den **Streik** getreten.

⊡ **Ibbenbüren,** 13. Okt. Die **Bergarbeiter** nahmen heute morgen die Arbeit wieder auf. Die Niedersächsischen Kraftwerke setzten vormittags wieder mit der vollen Stromlieferung ein.

⊙ **Suderwick.** 13. Okt. Den **Erstickungstod** fand ein 15 Monate altes Kind der Familie Heesen hierselbst, das in einem unbewachten Augenblick in eine Bütte fiel, die nur eine geringe Menge Wasser enthielt.

⚒ **Siegen,** 14. Okt. Drei 15jährige Burschen aus Niederschelden waren in einen alten **verlassenen Erzstollen** an der Birkenley eingedrungen. Zwei von ihnen stürzten in ein in alten Zeiten angelegtes sechs Meter tiefes Gesenke. Sie wurden von ihrem Begleiter mit Mühe gerettet. Nur der außerordentlich großen Trockenheit haben es die Waghalsigen zu verdanken, daß sie in dem sonst stets mit Wasser gefüllten Gesenke nicht elend umgekommen sind.

♂ **Oberhausen,** 14. Okt. Bei einem **Großfeuer,** das in der Dampfbäckerei Müller an der Osterfelder Grenze ausgebrochen war, benutzte der Oberbrandmeister Zaska, um rascher zur Brandstelle zu kommen, mit vier anderen Leuten ein Auto. Das Fahrzeug **rannte** gegen einen Straßenbahnmast. Sämtliche Insassen wurden auf die Straße geschleudert und erlitten so schwere Verletzungen, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Homberg, 14. Okt. Unter dem Verdacht, am 2. Okt. frühmorgens den Kranführer Dietrich Honn aus Hamborn erstochen und beraubt zu haben, ist ein belgischer Soldat verhaftet worden, der auch andere Personen mit einen Dolch bedroht hatte. In seinem Besitze fand man noch die Uhr des Ermordeten.

⚒ **Dülken,** 14. Okt. Auf einem Kirmeßplatz stürzte ein junges Mädchen aus einer Schiffsschaukel. An den erlittenen Verletzungen ist es gestorben.

✱ **Stade,** 12. Okt. Bei den Kanalisierungsarbeiten in der Liebfrauenstraße in Buxtehude stieß man auf einen **alten Friedhof** aus früheren Jahrhunderten. Es wurden drei Särge freigelegt, deren Formen noch sehr gut zu erkennen waren. Beim Weitergraben fand man mehrere menschliche Skelette, die größtenteils durch das jahrhundertelange Lagern schon so morsch waren, daß sie bei der leisesten Berührung auseinanderfielen. Nur einzelne Knochen waren noch gut erhalten.

Belgische Willkür im besetzten Gebiet.

Von durchaus zuverlässiger Seite wird uns aus Krefeld berichtet:

Vom früheren Regiment 56 Vogel von Falkenstein besteht seit längerer Zeit eine Vereinigung sämtlicher früheren Offiziere und Beamten, die wiederholt im besetzten Gebiet, u. a. auch vor einiger Zeit in Münster getagt hat. Zu einer Gauversammlung in Krefeld ist vor rund 3 Wochen von Münster aus mit offener gedruckter Postkarte eingeladen worden. Die Ueberschrift lautet: Verein Falkenstein. Es folgt die Tagesordnung harmloser Natur. Unterzeichnet war die Karte: Mit kameradschaftlichem Gruße Paul Enger. — Die Versammlung sollte am Samstag, den 8. Oktober d. Js., abends im Hotel-Restaurant Wilmeroth in Krefeld, Hochstraße, stattfinden. Es waren 32 Herren erschienen. Kurz nach Beginn der Versammlung erschien eine Abordnung belgischen Militärs, mit Stahlhelm bewaffnet, in dem Restaurant, ließ die Wirtschaftszimmer räumen, besetzte den Versammlungssaal und verhaftete die sämtlichen 32 anwesenden Herren. Ihre Bitte, zunächst zu Abend essen zu dürfen, wurde abgeschlagen, und die Herren wurden zur Kaserne in Krefeld geführt. Dort sind sie bis Sonntag morgen geblieben. Dann wurden sie in das Gerichtsgefängnis in Krefeld verbracht und dort, jeder getrennt, mit gewöhnlichen Gefangenen zusammengelegt. Die Herren erhielten angeblich bis zum Sonntagnachmittag 5 Uhr keine Verpflegung. Sie befanden sich am 10. Oktober, vormittags, noch im Gefängnis und waren bis dahin nach Auskunft des Gefängnisses noch nicht gerichtlich vernommen. Die Gefängnisverwaltung beabsichtigt, 30 Gefangene in ein benachbartes Gefängnis zu verlegen, um für die verhafteten Offiziere Platz zu schaffen. Im Anschluß an diese Vorgänge sind am 10. und 11. Oktober in den Wohnungen einiger der Beteiligten Haussuchungen vorgenommen worden.

Ententebesatzung und Wohnungsnot.

Nach amtlichen Feststellungen waren bis zum 6. Oktober 1921 in Düsseldorf für Offiziere und Unteroffiziere der Besatzung und deren Familienangehörige beschlagnahmt: möblierte Wohnungen (einzelne Zimmer sowie größere Wohnungen, bestehend aus Küche, Schlafzimmer, Wohnzimmer, Eßzimmer) rund 1800; davon waren am 6. Oktober noch benutzt 620; es standen mithin leer 1180. Die Besatzungsbehörde weigert sich, diese letzteren Wohnungen für die Zivilbevölkerung freizugeben. In Kasernen und Massenquartieren waren am 6. Oktober untergebracht rund 2700 Unteroffiziere und Mannschaften.

Vermischtes.

✤ **Heiligenstadt,** 14. Okt. Der Verein für eichsfeldische Heimatkunde hat an dem Wohnhause Theodor Storms eine **Gedenktafel** angebracht. Außerdem hat der Verein ein Storm-Gedenkbuch von hohem literarischen Wert herausgegeben.

□ **Worms,** 14. Okt. Ein ganz vorzügliches Tröpfchen, wie es noch keinem der gegenwärtig lebenden Menschen über die Zunge gelaufen sein dürfte, wird, wie es in einer Zeitungsmeldung heißt, die diesjährige Wormser „Liebfrauenmilch". Im Wingert bei der Liebfrauenkirche wurden Mostgewichte von 135 Grad Oechsle festgestellt. Das ist das Höchste, was bisher zu verzeichnen gewesen ist. (Wir werden die Richtigkeit dieser Meldung wohl niemals nachprüfen können.)

Denkmäler aus den Kolonien.

WTB. **Berlin,** 12. Okt. Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. ing. Müller im Reichsministerium für den Wiederaufbau hat sich ein Komitee zur Aufstellung der **Denkmäler aus den Kolonien** gebildet, dem die früheren Gouverneure der Schutzgebiete und andere auf dem Kolonialgebiet führende Persönlichkeiten angehören. Seine Aufgabe sieht es in der Wiederaufstellung der Denkmäler aus den früheren Schutzgebieten, die Deutschland zurückgegeben worden sind. Bisher sind aus Ostafrika die Statuen von Wißmann und Peters zurückgelangt. Wegen der Herausgabe weiterer Denkmäler schweben Verhandlungen. Die Kosten der Wiederaufstellung werden aus privaten Mitteln gedeckt.

Zwei Cholerafälle in Königsberg.

Berlin, 12. Okt. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die durch die Zeitungen am Freitag voriger Woche verbreitete Nachricht vom Auftreten von Cholera in Königsberg i. Pr. hat sich bestätigt. Doch ist kein Grund zur Beunruhigung vorhanden. Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat sofort seinen Referenten für Seuchenbekämpfung nach Königsberg entsandt. Nach dessen Bericht hat sich im Hygienischen Universitätsinstitut, in dem in den letzten Wochen mit Cholerakulturen gearbeitet wurde, eine dort mit dem Reinigen von Gasfachen beschäftigte Frau infiziert und ist an Cholera erkrankt und gestorben. Noch ehe die Krankheit als choleraverdächtig erkannt war, hatten zwei bei der Frau in Aftermiete wohnende junge Mädchen die Wäsche der Kranken gewaschen. Eine von ihnen ist gleichfalls an Cholera erkrankt. Seitens der Königsberger Medizinalbehörden sind sofort mit großer Umsicht alle zweckdienlichen Maßnahmen getroffen worden, um eine Weiterverbreitung der Seuche zu verhindern. Bisher sind auch weitere Erkrankungen nicht bekanntgeworden. Auch das zweite junge Mädchen, das, wie die Kranke, im Krankenhause abgesondert wurde, ist bisher gesund geblieben. Es besteht bis jetzt die Hoffnung, daß dank dem energischen Eingreifen der Königsberger Medizinalbehörden der kleine Seuchenausbruch auf die beiden Erkrankungen beschränkt bleiben wird.

Die Sicherung des Lebensabends der selbständigen Kaufleute und Gewerbetreibenden.

□ **Wiesbaden,** 12. Okt. Der hiesige Kaufmännische Verein, dessen unermüdlichem Wirken Deutschland die segensreiche Einrichtung der Kaufmanns-Erholungsheime verdankt, beschäftigt sich jetzt auch mit der Frage der Sicherung des Lebensabends der selbständigen Kaufleute und Gewerbetreibenden. Wie ihm auf eine Eingabe an den Herrn Reichsarbeitsminister vor kurzem mitgeteilt wurde, bestehen gegen eine Zwangsversicherung Bedenken, u. a. auch volkswirtschaftlicher Art, da das Verantwortlichkeitsgefühl des Einzelnen, sowie Entwicklung und Bestand der privaten Lebensversicherungsgesellschaften gefährdet würden. Im übrigen wird u. a. auf die notwendigen wesentlich höheren Beiträge als bei der Angestelltenversicherung hingewiesen, wenn gleichwertige Leistungen geboten werden sollen, da das Durchschnittsalter weit höher sei als das entsprechende Durchschnittsalter bei der Angestelltenversicherung. Auch der Prozentsatz bei den verheirateten und kinderreichen Versicherten würde ebenfalls viel größer sein, als bei der Angestelltenversicherung. Es wird damit indirekt das größte Risiko der selbständigen Kaufleute und Gewerbetreibenden anerkannt. Um nun zu erreichen, daß trotzdem diese selbständigen Berufe in Anbetracht der vollständig veränderten Lebensverhältnisse der letzten Jahre im Alter vor der dringendsten Not und Sorge geschützt sind, wird der Kaufmännische Verein Wiesbaden an die zuständigen Stellen der Reichsregierung nochmals ein Gesuch richten, worin die Regierung gebeten wird, daß bei der Veranlagung zur Einkommensteuer der selbständigen Berufe mindestens 10 Prozent des Reineinkommens als Ersatz für die Reichsversicherung abgezogen werden dürfen, wenn nachgewiesen wird, daß dieser Betrag zu einer Lebens-, Pensions- oder Leibrentenversicherung verwendet wurde. Die bisherige Abzugsfähigkeit der Lebensversicherungsprämien bis zu 600, neuerlich 1000 Mark, genügt bei weitem nicht, um eine bescheidene Rücklage für das Alter oder Invalidität zu schaffen. Besonders muß aber verlangt und durchgesetzt werden, daß der Rentenwert der eingezahlten Prämien bei den kommenden Vermögensteuern nicht angerechnet werden darf, damit die selbständigen Berufe nicht schlechter gestellt sind als die Beamten, Angestellten und Arbeiter, bei welchen z. B. der Rentenwert der Pensionen usw., soweit sie aus einer Tätigkeit im Berufe herrühren, laut § 10 des Gesetzes über das Reichsnotopfer, ebenfalls nicht als Vermögen angerechnet wurde. Um dieser für die selbständigen Kaufleute und Gewerbetreibenden überaus wichtigen Angelegenheit eine nachhaltige Unterstützung zu sichern, hat der Kaufmännische Verein Wiesbaden eine umfangreiche Aktion eingeleitet und sich an alle größeren Wirtschaftsverbände des Reiches, an die Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern usw. gewandt. Es wird die Oeffentlichkeit interessieren, daß diese Maßnahme auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Es laufen fortgesetzt zahlreiche Zustimmungserklärungen der großen Verbände, Korporationen, Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern usw. ein, welche ihr lebhaftes Interesse in der Frage bekunden und dem Kaufmännischen Verein Wiesbaden ihre Unterstützung zusichern. Bei dieser Sachlage darf wohl angenommen werden, daß auch die Regierung Entgegenkommen zeigen und eine befriedigende Lösung erreichen wird.

Die Absage der deutschen Professoren.

Tll. **Wien,** 13. Okt. Eine ganze Reihe deutscher Gelehrter, die an die Wiener Universität berufen werden sollten, haben ihre **Zusage zurückgezogen,** darunter Professor Betzer aus München, der Kunsthistoriker Prof. Wilhelm Kinder aus Leipzig, sowie die beiden Chemiker Prof. Scholl aus Dresden und Prof. Braun aus Frankfurt a. M.. Von dem Historiker Hermann Oncken aus Heidelberg liegt noch keine offizielle Absage vor, doch dürfte auch er nicht nach Wien kommen. Lediglich Prof. Arnim aus Frankfurt a. M. hat den Ruf an die Wiener Universität angenommen.

Beeinflussungsversuch auf England.

WTB. **Paris,** 13. Okt. Wie der **„Petit Parisien"** mitteilt, war das Verfahren über die Art und Weise wie die Entscheidung der Entente-Regierungen zu fällen und dann Deutschland und Polen **mitzuteilen wäre, gestern abend noch nicht bekannt.** Das Blatt bestätigt, daß darüber eine Meinungsverschiedenheit zwischen Paris und London bestehe. Die französische Regierung gab schon am 6. Oktober in London bekannt, daß nach ihrer Ansicht ein Zusammentritt des Obersten Rates unnötig sei, und daß es das einfachste wäre, die Botschafterkonferenz damit zu beauftragen, der Lösung von Genf Gesetzeskraft zu geben. In London erkläre man, ehe man sich über das Verfahren ausspreche, müsse man Kenntnis von der Lösung haben und sich vergewissern, ob sie nicht gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles verstoße. Das Blatt fügt hinzu, englischerseits müsse man sich Rechenschaft darüber geben, daß eine übertriebene Hartnäckigkeit aufs neue den unangenehmen Gerüchten Nahrung geben würde, die in den letzten Tagen gegen die englische Regierung in Umlauf gesetzt worden sind. Die Gerüchte seien um so unangenehmer, als sie der deutschen Erregung neue Nahrung zuführen könnten.

Wissenschaft und Kunst.

□ **Die dritte Tagung für christliche Kunst.** Auf der zweiten Tagung für christliche Kunst, die jetzt in Köln stattgefunden hat, ist als nächster Tagungsort Breslau bestimmt worden. Die Architektur soll im Vordergrunde der Besprechungen stehen.

⊙ **Ausgrabungen des Mainzer Altertumsmuseums.** Professor Neeb kann in dem neuen Bericht des Altertumsmuseums der Stadt Mainz über eine Reihe von schönen Ergebnissen Mitteilung machen, die die seit einigen Jahren von dem Museum ausgeübte planmäßige Ueberwachung von Erdarbeiten hatte. In einem Keller sind Reste eines reichgemusterten, gut erhaltenen römischen Mosaikfußbodens aufgefunden worden. In Kastell kamen hinter der Pionierkaserne Ueberreste einer Falschmünzerwerkstatt aus römischer Zeit zum Vorschein. Die Grabungen auf dem Gebiete des römischen Legionlagers wurden unter Leitung von Dr. Kutsch fortgeführt, und die Funde kamen in das Museum. Die „Mainzer Zeitschrift", die der dortige Altertumsverein und das Römisch-Germanische Zentralmuseum in Mainz gemeinschaftlich herausgeben, wird in diesem Jahre wieder erscheinen können. Die Unterstützung zahlreicher Freunde und der Stadt Mainz haben das ermöglicht.

⊡ **Ein neues Werk Heinrich Federers.** Heinr. Federer hat soeben eine neue Erzählung: „Spitzbube über Spitzbube" vollendet, die demnächst im Verlage G. Grote-Berlin erscheinen wird.

□ **Uraufführung „Prinz Don Juan",** Operette in drei Akten von Karl Thiemann. Gesangstexte von Hans Pflanzer, Musik von Viktor Corzilius erlebte anläßlich ihrer Uraufführung im Olympiatheater in Dortmund einen großen Erfolg. Dichter und Komponist waren Gegenstand großer Ovationen.

Ein großer Münzfund in der Nähe von Kolmar. Nicht weit von Kolmar liegt am Abhange der Vogesen das Dorf Wettolsheim. Vor einiger Zeit wurde dort ein großer Münzfund gemacht. Es handelt sich um Kupfermünzen mit scharfer Prägung, die auf der Vorderseite das Kopfbild des Kaisers Augustus, Diocletian und Konstantin nebst Umschrift enthalten. Die Rückseite zeigt bald einen Genius mit oder ohne Flügel, eine Siegesgöttin mit Kranz in der Rechten, einen Altar, eine opfernde Vestalin usw. Die meisten Kupfermünzen ziert das Bild des Kaisers Konstantin. Die Münzen wiegen durchschnittlich 6 Gramm und wurden mit einer Urne aus einer kleinen Erhebung zutage gefördert. Es wird angenommen, daß sie einem Grabe des 4. Jahrhunderts entstammen. Unter den 1124 gefundenen Münzen befindet sich keine einzige Silbermünze.

Handels-Nachrichten.

* **Zum Marksturz.** In Holland trat am späten Nachmittag des Donnerstag eine leichte Besserung der Mark ein. Die Devisenhausse der beiden letzten Tage ging ohne Zweifel vom Ausland aus. In Fachkreisen vertritt man die Ansicht, daß die großen drängenden Markabgaben des Auslandes auf den für Deutschland ungünstigen Nachrichten über Oberschlesien beruhen, da der Genfer Entscheid innerpolitische Krisen und schwere Benachteiligung und Beunruhigung des deutschen Wirtschaftslebens nach sich ziehen werde.

* **Valutarisiko und Reichsausgleichverfahren.** Bei der Berliner Handelskammer hatten sich Firmen darüber beschwert, daß das Reichsausgleichsamt die eingehenden Beträge in fremder Währung zum Kurs desjenigen Tages berechnet, an dem ihm die Gutschrift zugeht, während dem deutschen Gläubiger die Abrechnung unter Umständen erst nach Monaten übersandt wird. Bei den Valutaschwankungen entstehen dadurch vielfach bedeutende Verluste. So hat eine Firma am 20. Juli 1921 die Abrechnung einer englischen Zahlung erhalten, die am 9. Februar dem Ausgleichsamt gemeldet worden war und daher zu dem damaligen Tageskurs von 235,50 M. für das Pfund Sterling abgerechnet wird, während der Kurs vom 19. Juli 276,95 M. beträgt. Das bedeutet einen Kursverlust von 40 M. je Lst. Die Handelskammer hatte demgemäß das Reichsausgleichsamt gebeten, ihr eine kurze Mitteilung zugehen zu lassen, um die unter den beteiligten Firmen entstandene Beunruhigung zu zerstreuen. Das Reichsausgleichsamt hat daraufhin anerkannt, daß durch die bei der Auszahlung oder Ueberweisung von Forderungen entstehenden Verzögerungen den deutschen Gläubigern bei fallendem Markkurs Nachteile erwachsen, wiewohl der gleiche Umstand ihnen bei steigendem Markkurs einen Vorteil bringe. Das Reichsausgleichsamt sei auch ständig bemüht, die Arbeiten zu beschleunigen und Verzögerungen zu vermeiden; allerdings werde der Erfolg durch räumliche Schwierigkeiten und ständige Umzüge immer wieder beeinträchtigt.

* **Maschinenfabrik Westfalia, A.-G. in Gelsenkirchen. — Maschinenbau-A.-G. in Herne.** In der außerordentlichen Hauptversammlung der Westfalia A.-G., in der 17 Aktionäre 1 281 000 Mark Aktienkapital vertraten, wurde bei Besprechung des von der Flottmann-Gesellschaft gemachten Kaufangebotes mitgeteilt, daß dieses Gebot, das sich ursprünglich auf 750 Proz. für die Westfalia-Aktien stellte, inzwischen auf 800 Proz. erhöht worden sei. Ein Umtausch gegen Flottmann-Aktien komme nicht in Frage, weil die Flottmanngruppe als Familienunternehmen dies ablehne. Die Verhandlungen über den Zusammenschluß seien schon sehr alt und hätten eine Vereinheitlichung der Fabrikation und der Verkaufsorganisation zum Zweck gehabt. Beide Unternehmen stellen in der Hauptsache Bohrhämmer her, und zwar ungefähr drei Viertel der gesamten deutschen Bohrhämmererzeugung. Die Verwaltung empfahl die Annahme des Angebotes. Die Westfalia sei dadurch in eine gewisse Zwangslage gekommen, daß die Flottmann-Gesellschaft mit der Rhein-Elbe-Union einen gegenseitigen Lieferungsvertrag abgeschlossen habe, wodurch die Westfalia, wenn sie selbständig bleibe, einen ihrer Hauptabnehmer, die Stinnesgruppe, verlieren würde. Die Westfalia solle vorläufig als Aktiengesellschaft fortbestehen, bis ein Modus für eine völlige Verschmelzung mit Flottmann gefunden sei. Zunächst werde ein Vertrag mit der Flottmanngruppe abgeschlossen, wonach das Verkaufsgeschäft der Maschinenfabrik Westfalia auf die Flottmann-Gesellschaft übergeht. Der Antrag der Verwaltung wurde genehmigt. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Generaldirektor Heinrich Flottmann (Bochum), der Leiter der Flottmanngruppe.

* **Straßenbahnen der Stadt Düsseldorf.** Die von der Rhein. Bahngesellschaft A.-G. in Düsseldorf kontrollierten Straßenbahnen der Stadt Düsseldorf verzeichnen für 1920—21 einen Verlust von 3,88 Mill. M., wodurch sich der Verlustvortrag auf 11,19 Mill. M. erhöht.

* **Aktienspinnerei Aachen in Aachen.** Zu der Verdreifachung des Aktienkapitals (von 7 auf 21 Mill. M) verlautet, daß die neuen Aktien von einer Bankengruppe zu 190 Proz. übernommen werden mit der Verpflichtung, den bisherigen Aktionären auf je eine alte zwei junge Aktien zu 200 Prozent anzubieten.

* **Aus der Kaliindustrie.** Berlin, 13. Okt. Generaldirektor Forthmann vom Kalisyndikat ist gestern von seiner Amerikareise zurückgekehrt, nachdem er dort für das Kalisyndikat einen größeren Abschluß getätigt hat. Folgendes wird mitgeteilt: Der Inlandsabsatz in Kali hat sich in letzter Zeit gebessert, trotz der kürzlich vorgenommenen Preiserhöhung. Ueber die wirtschaftliche Lage Amerikas erklärte Generaldirektor Forthmann, die dortige Krisis sei so groß, daß die Geschäftswelt es nicht wage, größere Abschlüsse zu tätigen. Den notwendigen Bedarf an Kali habe Amerika jetzt durch Bestellungen beim Kalisyndikat gedeckt. Im übrigen aber herrsche größte Zurückhaltung. Eine leichte Besserung der amerikanischen Wirtschaftslage sei durch das Anziehen der Baumwollpreise eingetreten. Immerhin betrage die Zahl der Arbeitslosen noch 4—5 Millionen. (Inzwischen ist die Zahl der Arbeitslosen in Amerika auf 6 Millionen gestiegen.)

*) **Kein neuer Reichskredit für die Warenversorgungsstelle deutscher Gewerkschaften.** Vor einiger Zeit waren die Gewerkschaften an das Reichsarbeitsministerium herangetreten, um eine Erhöhung des der Warenversorgungsselle deutscher Gewerkschaften seinerzeit gewährten Kredits von M 25 auf 50 bis 60 Mill zu erreichen. Die Verbände des Einzelhandels hatten daraufhin in einer Eingabe darauf hingewiesen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine Notwendigkeit mehr bestehe, durch Hergabe von Reichsmitteln neue Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, da die Textilindustrie reichlich beschäftigt sei. Nunmehr hat das Reichsarbeitsministerium das Verlangen der Gewerkschaften auf Erhöhung des Reichskredits abgelehnt, da infolge des Rückganges der Arbeitslosenziffer im Textilgewerbe keine Notwendigkeit für eine solche Maßnahme mehr bestehe.

*) **Ostbank für Handel und Gewerbe in Königsberg.** In der Aufsichtsratssitzung wurde der Halbjahrsabschluß für 1921 vorgelegt. Das Ergebnis war danach befriedigend. Der Vorstand konnte auch mitteilen, daß die Aussichten für das zweite Halbjahr bisher nicht ungünstig seien. Die Bank hat Depositenkassen in Deutsch-Eylau und Schirwindt errichtet. Die Eröffnung weiterer Depositenkassen in Lauenburg i. Pommern und anderen Plätzen ist in die Wege geleitet.

* **Vom Holzmarkt.** Unser fachmännischer Mitarbeiter schreibt uns: Die Aufwärtsbewegung der Holzpreise macht weitere Fortschritte. Die Steigerung geht indessen langsamer vorwärts als im Frühjahr 1920. Die meisten Holzhändler haben an den Verlusten, die sie erlitten, gelernt und keine Neigung sich wieder ähnlichen Gefahren auszusetzen. Ob die Hausse weitere Fortschritte machen wird, bleibt abzuwarten. Einstweilen kaufen Holzhandel und Holzverbrauch in gleicher Weise Schnittholz ein, wobei es sich hauptsächlich um die Erwägung handelt, daß die Preise auch in den künftigen Wochen ansteigen könnten. Die Möbelindustrie ist gut beschäftigt. Vielfach müssen die Betriebe Aufträge auf kurzfristige Lieferungstermine ablehnen. Unternehmungen der Küchenmöbelindustrie haben Bestellungen bis zum Jahresende und darüber hinaus. Nur in der Luxusmöbelfabrikation ist der Beschäftigungsgrad nicht ganz so rege. Zu erwähnen ist, daß Ende Oktober bei dem Eisenbahn-Zentralamt in Berlin ein Verdingungstermin für buchene und eichene Schwellen (es handelt sich um 650 000 Stück stattfindet. Daß hierbei die Angebote spärlicher eingehen werden als in der Juliverdingung ist selbstverständlich. Damals bekamen meistens Außenseiter, die am Schwellenmarkt noch nicht erprobt sind und vielfach die ersten Lieferungen für das Eisenbahn-Zentralamt ausführen, den Zuschlag. Man weiß, daß diese Firmen ihren Bedarf nur zum Teil decken konnten. Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß nunmehr wieder die großen Schwellenhäuser, die in einem Konzern zusammengeschlossen sind, mit Lieferungen an die Reihe kommen werden. Daß die Preise für Bahnschwellen wesentlich über denen der Juliverdingung liegen werden, ist sicher. Einerseits sind auch die Preise für eichene und buchene Schnitthölzer in letzter Zeit gestiegen, so daß mit einer teureren Bewertung des Rohstoffes zu rechnen ist, andererseits sind die Vorräte in fertigen buchenen und eichenen Bahnschwellen sehr gering. Von Ententelieferungen ist vorläufig nichts zu hören. Es ist merkwürdig, daß trotzdem sehr viele süddeutsche, namentlich bayerische Sägewerke ihre Bestände die sich zu großen Mengen angesammelt haben, absetzen konnten. Dabei liegen die Preise, die jetzt erzielt wurden, um durchschnittlich 100 bis 125 M über den niedrigsten Notierungen, die die rückgängige Konjunktur im Frühjahr und Sommer d. J. brachte.

* **Sinken der Schweinepreise.** Von der „Deutschen Fleischerzeitung" wird ein starkes Sinken der Schweinepreise angekündigt. Auf den Hauptmärkten Mannheim, Karlsruhe und Frankfurt ist infolge der Einfuhr serbischer und rumänischer Schlachtschweine ein großer Ueberstand einheimischer Ware vorhanden.

* **Dorstener Viehmarkt vom 13. Oktober.** Der heutige Viehmarkt war gut beschickt und der Besuch ebenfalls ein guter. Der Handel gestaltete sich in allen Viehgattungen durchweg lebhaft. Auf dem Schweinemarkt waren 550 Stück Schweine und Ferkel aufgetrieben. Es kosteten Ferkel von 6—8 Wochen 100—140 M., 8—12 Wochen 200—300 M., ¼jährige Schweine 400—600 M., tragende Schweine wurden mit 2000—2200 M. gehandelt. — Auf dem Rindviehmarkt waren 70 Stück Rindvieh aufgetrieben. Nachfrage nach guten Milchkühen machte sich geltend. Es kosteten milchgebende Kühe 1. Sorte 8000 M. und höher, 2. Sorte 3000—6000 M., 3. Sorte 3000—4500 M; fette Kühe je 100 Pfd. Lebendgewicht 1. Sorte 500—550 M., 2. Sorte 400—450 M. Der Handel in Kleinvieh, wie Schafen und Ziegen war unbedeutend. — Auf dem Pferdemarkt waren ca. 100 Pferde zum Verkauf gestellt. Bei lebhafter Nachfrage nach guten Arbeitspferden kosteten letztere 1. Sorte 18—22 000 M. und einzelne höher, 2. Sorte 13—16 000 M., 3. Sorte 6—9000 M., geringwertige Tiere 3—4000 M., Fohlen im Alter von 2—2½ Jahren wurden mit 13—16 000 M., 1—1½ Jahren mit 7—12 000 M., ½jährige mit 5—8000 M. gehandelt. Schlachtpferde standen 1. Sorte mit 2—3000 M., 2. Sorte mit 1—2000 M. im Preise. Der nächste Viehmarkt findet am 3. November statt.

Amerikanische Baumwoll-Notierungen.

New York, 13. Okt. (Durch Funkspruch.)

	11. 10.	13. 10. 11 Uhr	13. 10. Schluß
Dezember . .	19,40	19,45	19,15
Januar . .	19,08	19,15	18,85
März . . .	18,90	18,95	18,67
Mai . . .	18,41	18,55	18,25

Wechsel auf Berlin 71½.

Hauptredakteur: Th. Warnecke.
Verantwortlich für den politischen Teil: Th. Warnecke; für Handel und Wirtschaftliches: Karl Mohs; für Lokales und Provinzielles: J. V. Dr. Heinz Bause; für Feuilleton, Kunst und Wissenschaft: Dr. Heinz Bause; für Anzeigen und Reklamen: Max Peukes, sämtlich in Münster.